



Suchergebnisse: Gesandte

20. Januar 1663 – Beginn des Immerwährenden Reichstags in Regensburg

Regensburg * Der Reichstag trifft im Regensburger Rathaus zusammen, um über die durch die Türken heraufbeschworene Gefahr an der Ostgrenze des Reiches zu beraten. Kaiser Leopold I. benötigt Geld für die bevorstehende Verteidigung des Landes. Daneben geht es um den schon länger schwelenden Streit um die Ausarbeitung einer Wahlkapitulation und die Königswahl. Bei den Auseinandersetzungen um die Wahlkapitulation geht es um das Recht, Gesetze zu erlassen und um deren Inhalte. Außerdem soll sich der Reichstag mit den liegengebliebenen Problemen des Dreißigjährigen Krieges befassen. Der Reichstag wird sich bis Februar 1803 nicht mehr auflösen und geht als Immerwährender Reichstag in die Geschichte ein. Regensburg wird damit zum Sitz von etwa 70 Komitialgesandtschaften ausländischer Staaten. Dies auch deshalb, weil seit der Umwandlung des Reichstags in den Immerwährenden Reichstag die Landesfürsten kaum noch selbst teilnehmen, sondern sich durch Gesandte vertreten lassen.

1669 – Kaffee wird in Porzellanschalen gereicht

Versailles * Soliman Aga, der Abgesandte des türkischen Sultans Mohammed IV., stattet dem Hof des französischen Königs Ludwig XIV. einen Besuch ab. Dabei bietet er den Gästen ein exotisches Heißgetränk in Form einer Tasse Kaffee an. Das ist an und für sich noch nichts Besonderes. Das Außergewöhnliche daran ist, dass das anregende Getränk in Porzellanschalen gereicht wird. Der französische Hof ist von den zum Genuss verwendeten Gefäßen derart begeistert, dass in der französischen Landeszentrale eine neue Modeerscheinung - „à la turque“ - geboren wird, die von hier aus ihren Siegeszug durch ganz Westeuropa antreten soll.

15. Januar 1682 – Bündnisverhandlungen wegen der Türkeengefahr

München - Wien * Kurfürst Max Emanuel erklärt dem kaiserlichen Gesandten in München seine Bereitschaft zu Bündnisverhandlungen. Nicht verkennen darf man dabei freilich, dass dies auch im elementaren Interesse Baierns war, schließlich trennten nur die Länder des Hauses Habsburg damals das kleine Kurfürstentum vom Machtbereich der gefürchteten Türken.

26. Januar 1683 – Ein österreichisch-baierisches Bündnis gegen die Osmanen



München - Wien * Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den bayerischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Bayern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Bayern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

11. April 1713 – Friedensverhandlungen von Utrecht ohne den Kaiser

Utrecht * Großbritannien nimmt mit Frankreich Friedensverhandlungen auf. Während Frankreich, England, Holland, Savoyen, Portugal und Preußen den Vertrag von Utrecht unterzeichnen, verweigert der kaiserliche Gesandte die Unterschrift. Das spanisch-habsburgische Ries Reich wird nicht wiederhergestellt. Spanien bleibt in den Händen der französischen Bourbonen, darf aber keinesfalls mit Frankreich vereinigt werden. Die Spanischen Niederlande fallen an den Kaiser, Holland erhält einige Sperrfestungen gegenüber Frankreich und besetzt die Gegenküste zum Inselreich. Die italienischen Besitzungen Spaniens fallen an Österreich, Sizilien aber an das Haus Savoyen. Der bayerische Kurfürst wird wieder - mit dem Rang eines neunten Kurfürsten - in seine Herrschaft und Länder - außer der Oberpfalz - eingesetzt. Die Erhebung Preußens zum Königreich wird anerkannt.

25. Mai 1795 – „Es geht im Ehebett nicht ganz gut“

München - Wien * Der österreichische Gesandte berichtet dem Wiener Hof über die ehelichen Zustände des Kurfürstenpaares in München. Das Fazit lautet: „Es geht im Ehebett nicht ganz gut“. Vor Zeugen hat sich die jugendliche Kurfürstin und Ehefrau von Carl Theodor, Maria Leopoldine, künftig jede Annäherung ihres betagten Gattens, des bayerischen Kurfürsten Carl Theodor, verboten.



13. Februar 1799 – Die Kurfürstin unterstützt das Haus Wittelsbach-Zweibrücken

München-Graggenau * Der Vertreter des kaiserlichen Hauses, Joseph Anton August Graf von Seilern, eilt mit einem unterschiftsreifen „Tauschvertrag“ ans Sterbebett von Carl Theodor, um von dem Baiernherrscher in einem günstigen Moment doch noch die begehrte Unterschrift zu erhalten. Es ist die Kurfürstin, die ihn persönlich daran hindert, das Krankenzimmer zu betreten. Im Gegensatz dazu führt Maria Leopoldine Herzog Wilhelm von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen, der die Interessen von Pfalz-Zweibrücken vertritt, sofort in das Gemach des sterbenden Kurfürsten Carl Theodor.

16. Februar 1799 – Kurfürst Carl Theodor stirbt

München-Graggenau * Kurfürst Carl Theodor erliegt am Abend seinem am 12. Februar erlittenen Schlaganfall. Herzog Wilhelm von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen wohnt als Zeuge dem Tod des pfalz-baierischen Regenten bei. Protokollarisch wird die 22-jährige Kurfürstin-Witwe von Herzog Wilhelm und vom Vertreter des kaiserlichen Hauses, Joseph Anton August Graf von Seilern, befragt, ob sie ein Kind vom verstorbenen Kurfürsten erwartet. Maria Leopoldine antwortet daraufhin mit einem klaren „Nein!“. Mit dieser Aussage entzieht sie den Österreichern die Gelegenheit, Bayern auf friedlichem Weg an sich zu ziehen. Bei den Münchnern ruft das Ableben des Kurfürsten keine allzu große Trauerstimmung hervor. Im Gegenteil, als sich die Trauernachricht verbreitet, „frohluckte alles, und jeder wünschte dem anderen Glück“, schreibt Lorenz von Westenrieder. Carl Theodors Nachfolger auf dem baierischen Thron wird Kurfürst Max IV. Joseph aus der wittelsbachischen Linie Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld, von dem sich die Bayern eine ganze Menge erwarten und der unter dem Jubel der Bevölkerung in München einzieht.

25. August 1805 – Geheimverhandlungen im Bogenhausener Schloss Stepperg

Bogenhausen * Angesichts des heraufziehenden Dritten Koalitionskriegs erneuern Bayern und Frankreich ihr Bündnis im Vertrag von Bogenhausen. Ort der Verhandlungen ist Schloss Stepperg, das Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Landsitz nutzt. Die Geheimverhandlungen zwischen dem französischen Abgesandten und Minister Montgelas werden mit einem baierischen Bündniswechsel zu Frankreich in einem vorläufigen Vertrag abgeschlossen. Er beendet die Koalition mit Österreich und Russland. Napoleon sagt Bayern weitere Gebietszuwächse im Falle eines Sieges zu. Dafür verpflichtet sich das Kurfürstentum



Baiern zur Stellung von 20.000 Mann. Neben Baiern schließt Napoleon Verträge mit weiteren süddeutschen Mitgliedern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Seine Verbündeten werden Baiern, Württemberg, Baden und Hanau. Napoleon Bonaparte schließt mit diesen die Verträge von Bogenhausen, Baden-Baden und Ludwigsburg. Die baierische Regierung erhofft sich nach den Erfahrungen der beiden letzten Kriege von Frankreich eine wesentlich bessere Behandlung als von den kaiserlichen Österreichern. Um aber die Österreicher nicht unnötig herauszufordern, wird das Bündnis mit Frankreich zunächst noch geheim gehalten. Die baierische Abneigung gegenüber Österreich soll sich jedoch bald bestätigen.

1. Januar 1806 – Eine Hochzeit als Preis für die Rangerhöhung zum Königreich

München - Paris * Der Preis für das Bündnis zwischen Baiern und Frankreich sowie die Erhebung in die Königswürde ist die Verheiratung der baierischen Prinzessin Auguste Amalie mit dem Stiefsohn Napoleons, Eugène Beauharnais. Mit der Münchner Hochzeit will sich Napoleon den Eintritt in eines der ältesten europäischen Adelshäuser ermöglichen. Die mündliche Zusage für die Eheschließung hat Kurfürst Max IV. Joseph - im Beisein des Kurprinzen Ludwig - Napoleon Bonaparte bereits am 8. November 1805 in Linz gegeben. Er hat dies dann aber mehrfach vor seiner Ehefrau vertuscht und abgestritten, da man den baierischen Kurfürsten eindringlich darüber aufgeklärt hat, dass eine Weigerung zum Verlust Baierns zugunsten eines „Napoleoniden“ führen würde. Die Auffassung vertrat sowohl Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas, als auch der Gesandte im Hauptquartier Napoleons, Karl Ernst Freiherr von Gravenreuth. Die Situation scheint aussichtslos. Kurfürstin Karoline, mit ihrer antifranzösischen Haltung, Prinzessin Auguste Amalie und Kurprinz Ludwig hoffen noch immer, dass sich die Heirat abwenden lassen würde. Das auch schon deshalb, weil sich Auguste Amalie mit dem Erbprinzen Karl von Baden verlobt glaubt.

30. September 1810 – Die Besitzergreifung Salzburgs durch Baiern

Salzburg * Die Besitzergreifung Salzburgs erfolgt durch die Abgesandten des baierischen Königs Max I. Joseph mit Carl Graf von Preysing als Hofkommissär an der Spitze. Die Salzburger erhoffen sich von den Baiern eine Linderung ihrer Not.

8. Juni 1815 – Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet

Wien * Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet. Der Zusammenschluss



aller souveränen deutschen Fürsten und Freien Städte tritt an die Stelle des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. In der Bundesakte wird der Deutsche Bund als Staatenbund organisiert. Ohne Zentralgewalt, unter der Präsidialmacht Österreichs, ohne Gerichtshof und ohne gewähltes Parlament. Die Bundesversammlung, inoffiziell auch Bundestag genannt, ist eine Gesandtenversammlung. Darin ist sie dem alten Reichstag ähnlich, wie auch das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation ein Staatenbund war. Der Artikel 13 der Deutschen Bundesakte bestimmt für alle Mitgliedsstaaten eine landständische Verfassung. Doch diesem Auftrag kommt das Königreich Baiern nur unvollständig nach, da die Verwirklichung eindeutig ein Rückschritt gegenüber der Konstitution gewesen wäre. Denn in einer landständischen Verfassung hätte sich die Landschaft wieder aus dem landständischen Adel, den landsässigen Prälaten und den Vertretern der Städte und Märkte zusammengesetzt. Wieder hätte lediglich die Geburt, der Besitz und das Amt die Grundlage zur Beteiligung an der politischen Willensbildung gebildet. Weder eine Wahl, noch eine Legislaturperiode ist vorgesehen. Dieses ist schlicht systemfremd.

1816 – Die Konkordats-Verhandlungen werden wieder aufgenommen

München - Rom-Vatikan * Die Konkordats-Verhandlungen zwischen dem Königreich Baiern und dem Heiligen Stuhl werden wieder aufgenommen. Bischof Johann Casimir Häffelin führt als bayerischer Gesandter die Gespräche in Rom. Und obwohl er als ein „Mann der katholischen Aufklärung“ gilt, kommt er der römischen Kurie so weit entgegen, sodass die Regierung in München mehrere Konkordats-Entwürfe ablehnen muss.

7. Dezember 1816 – Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für unannehmbar erklärt

München * Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für „unannehmbar“ erklärt. Noch während der Regierungszeit des Grafen von Montgelas wurden Verhandlungen mit der päpstlichen Administration über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse in die Wege geleitet. Anno 1807 stellte man die Gespräche ein, bis im Jahr 1816 der Bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Bischof Kasimir Freiherr von Häfflein, in neue Konkordats-Verhandlungen eintrat. Da aber die Positionen der bayerischen Regierung und dem wieder erstarkten, selbstbewussten Papsttum nur schwer zu vereinbaren sind, schlägt Bayern als einzigen Gegenstand der Verhandlungen die Neufestsetzung der Diözesangrenzen und die Regelung zur Besetzung der Bischofsstühle vor.

Die Grenzen der Diözese stimmen nicht mit den Landesgrenzen überein, weshalb Bayern eine geschlossene territoriale Kirchenorganisation will und auf einen maximalen Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle und damit indirekt auch auf die Pfarreien drängt. Eine Preisgabe



der bisher ausgeübten staatlichen Kirchenhoheit kommt für die Regierung Montgelas nicht in Frage.

2. Februar 1817 – Die Konkordats-Verhandlungen nehmen einen völlig anderen Verlauf

München - Rom-Vatikan * Als Minister Maximilian Joseph von Montgelas gestürzt wird, nehmen die Konkordats-Verhandlungen einen völlig anderen Verlauf.

24. Oktober 1817 – König Max I. Joseph unterzeichnet das Konkordat mit dem Vatikan

München * Die Regierung legt den Konkordatsentwurf König Max I. Joseph zur Unterschrift vor. Neben dem Verzicht auf Kontrollrechte über die Kirche wird der Staat zum Unterhalt der Bischöfe sowie der Domkapitel und zur Wiederherstellung einiger Klöster für Unterricht, Seelsorge und Krankenpflege verpflichtet. Weil die religiöse Toleranz und Parität gefährdet scheint, das Konkordat die bayerischen Protestanten eindeutig zurückgesetzt hat und gleichzeitig die herausgehobene Stellung der katholischen Kirche im Staat auf ein göttliches Gesetz beruft, ergeht für die neue Verfassung ein neues Religionsedikt, welches den Vertrag mit dem Heiligen Stuhl stark relativiert. Durch einen politisch-juristischen Kunstgriff erhält das Religionsedikt Verfassungsrang, während das Konkordat nur ein Staatsgesetz ist und sich somit unterordnen muss.

12. Oktober 1825 – König Max I. Joseph stirbt in Schloss Nymphenburg

Schloss Nymphenburg * König Max I. Joseph stirbt. Den Abend verbringt der bayerische König auf einem Ball des russischen Gesandten Woronzeff in der Herzogspitalstraße 18. Um 22 Uhr lässt er sich nach Schloss Nymphenburg bringen. Am nächsten Tag findet ihn sein Diener tot im Bett. Max Josephs Sohn Ludwig I. übernimmt nun die Regentschaft über das Königreich Bayern.

14. Oktober 1832 – Das Oktoberfest wird für die griechische Delegation vertagt

München-Theresienwiese * Um den griechischen Abgesandten die Teilnahme am Oktoberfest zu ermöglichen, wird der Beginn der Wiesn vom 7. auf den 14. Oktober verschoben.

1837 – Das unzweckmäßige Postgebäude soll verkauft werden



München-Graggenau * Noch vor der offiziellen Eröffnung gibt es Verkaufsüberlegungen für das unzuverlässige Postgebäude. Der Bayerische Gesandte in Hannover meldet, dass ein dortiger Hotelier, der zuvor Schiffskapitän war, die umstrittene Immobilie zu einem in Deutschland einzigartigen Gasthof der ersten Größe umgestalten will. Die Verhandlungen scheitern aber letztlich am hohen Kaufpreis und an der Forderung, dass ohne königliche Genehmigung nichts an der Fassade geändert werden darf.

3. Mai 1844 – Zwischen Königsjubiläum und Bierrevolte

München-Graggenau * Am Vormittag des 3. Mai 1844 macht sich die Menge erneut daran, den Bockkeller zu verwüsten. Mitten in den Unruhen ereignet sich ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der auswärtige Beobachter in Erstaunen versetzt. Der preußische Gesandte von Küster berichtet einige Tage später: „Was nun aber am 3. Mai sich tat, gehört zu den großen Denkwürdigkeiten der Landeshauptstadt! Vorher noch hatte es die schlimmsten Ausschreitungen gegeben, dann rief der königliche Hochzeitszug stürmische Begeisterung hervor, und am Abend desselben Tages wurde weiterrandalisiert. Zwischen loderndem Kampfe gab es ebensolche Begeisterung für das Königshaus!“ Auch der Münchner Stadtchronist beschreibt diesen Gegensatz. Die Straßen entlang der Strecke des Hochzeitszuges sind festlich geschmückt. Immer wieder ertönen Hochrufe auf das Königshaus. Angesichts dieser Begeisterung erscheint es kaum vorstellbar, dass dieselbe Stadt nur wenige Stunden zuvor Schauplatz schwerer Ausschreitungen ist: „Der festliche Umzug ging somit ohne alle Störung vorbei, ja, er erinnerte vielmehr an die schönste Zeit wahrer Volksbegeisterung für das erlauchte Haus Wittelsbach.“ Noch am selben Nachmittag flammen die Unruhen wieder auf. Im Bockkeller zertrümmern die Aufständischen Krüge, Gläser, Bänke und Tische oder werfen sie in den nahen Kanal. In der Nacht werden auch die Hopffisterei und das Königliche Hofbräuhaus mit Steinen beworfen. Fenster gehen zu Bruch, und weitere Schäden entstehen. Trotz der starken Präsenz von Militär und Polizei und obwohl München Sitz des Königshofes ist, dauern die Ausschreitungen mehrere Tage an. Verschont bleiben lediglich das Eberlbräu und das Menterbräu, die den Bierpreis nicht erhöht haben.

1845 – König Ludwig I. will eine Briefmarke

München - London * König Ludwig I. lässt an den königlichen Gesandten in London, Baron de Getto, einen langen Brief schreiben: „Bekanntlich wird auf den englischen Posten das Porto für inländische Correspondenz nicht in der anderwärts üblichen Weise berechnet, sondern mittelst eigentümlicher Stempel erhoben“. Mit diesem „Stempel“ meint Ludwig I. die Briefmarke mit dem



Konterfei der damals zwanzigjährigen Königin Viktoria.

5. März 1848 – Reformen für ein nationales Parlament

Heidelberg * 51 führende Liberale und Demokraten, vorwiegend aus dem süddeutschen Raum, treffen sich im Heidelberger Schloss. Darunter befinden sich auch fünf bayerische Abgesandte, wovon vier aus der Pfalz und einer aus Franken stammt. Sie beratschlagen Wege und Möglichkeiten der Umsetzung der Forderung der Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Daraus resultiert das sogenannte Vorparlament.

24. September 1862 – Otto von Bismarck wird Preußischer Ministerpräsident

Berlin * Der Preußische Gesandte in Paris, Otto von Bismarck, wird zum Preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Bismarck ist als hochkonservativ und als „personifizierte Konterrevolution“ gefürchtet. Er verspricht König Wilhelm I. die Stabilisierung der königlichen Macht und die Niederwerfung der liberalen Parlamentsherrschaft. Ihm geht es aber um mehr. Bismarck versteht seine Ministerpräsidentschaft nur als Mittel zur Erreichung eines höheren Zieles. Er will die Oberherrschaft [= Hegemonie] Preußens in Deutschland - auf Kosten Österreichs.

1867 – Gerüchte über eine Geisteskrankheit des bayerischen Prinzen Otto

München - Berlin * Der preußische Gesandte Freiherr von Werther berichtet an Reichskanzler Otto von Bismarck über umlaufende Gerüchten einer Geisteskrankheit des bayerischen Prinzen Otto. Es gibt Überlegungen, ihn von der Thronfolge auszuschließen. Angeblich leidet er „an einem kalten Fieber“.

17. November 1870 – Bismarck wird über König Ludwigs II. Geldprobleme informiert

München * Der Preußische Gesandte Georg Freiherr von Werthern informiert den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck über die Geldprobleme König Ludwigs II.: „Der König von Bayern ist durch Bauten und Theater in große Geldverlegenheiten geraten. Sechs Millionen würden ihm sehr angenehm sein, vorausgesetzt, dass die Minister es nicht erfahren. Für diese Summe würde er sich auch zur Kaiser-Proclamation und Reise nach Versailles entschließen.“



1904 – Adolf von Hildebrand entwirft den Neubau der Preußischen Gesandtschaft

München-Lehel * Adolf von Hildebrand entwirft im Auftrag des Preußischen Gesandten Friedrich Graf von Pourtalès den Plan für einen Neubau der der Preußischen Gesandtschaft und der Schack-Galerie genügend Platz bietet.

15. August 1914 – Das ganze katholische Elsass soll an Bayern fallen

München * König Ludwig III. konfrontiert den preußischen Geschäftsträger in München mit der Klage, dass Bayern im Krieg von 1870/71 zu schlecht weggekommen sei. So etwas darf nie wieder passieren. Der Krieg darf keinesfalls zu einer einseitigen Vergrößerung Preußens führen, da dadurch das staatliche Gefüge des Reiches verschoben würde. Wenn Preußen durch Annexionen wächst, dann müssen auch die anderen größeren Bundesstaaten, insbesondere Bayern, einen Ausgleich erhalten. Danach entwickelt er sein Konzept: eine Aufteilung des Reichslandes Elsass-Lothringen, bei der das ganze katholische Elsass an Bayern fallen soll.

1. September 1918 – In Bayern herrscht Unzufriedenheit mit der Regierung und dem König

München - Berlin * Karl Georg von Treutler, der preußische Gesandte in Bayern, der als Vertrauter Kaiser Wilhelms II. auch „Die graue Exzellenz“ genannt wird, berichtet an den aus Bayern stammenden Reichskanzler Georg Graf von Hertling. In seinem Schreiben bringt er zum Ausdruck, dass hier eine „ganz ausgesprochene Unzufriedenheit nicht nur mit der Bayerischen Regierung, sondern besonders auch mit der Person Seiner Majestät des Königs“ herrscht. Man macht dem König zwar nicht zum Vorwurf, dass er den Krieg und damit die Katastrophe herbei geführt hat. Dennoch wirft man ihm Machtlosigkeit vor, um das Unheil abzuwenden. Es ist deshalb höchste Zeit, die Form des bayerischen Regierungssystems den Realitäten anzupassen und einem parlamentarischen System volle Entscheidungsgewalt zu gewähren.

29. September 1918 – Die bulgarische Regierung unterzeichnet einen Waffenstillstand

Skopje - Thessaloniki * Eine französische Kavalleriebrigade zieht in die mazedonische Hauptstadt Skopje ein. In der Nacht unterzeichnen die bevollmächtigten Abgesandten der bulgarischen Regierung in Thessaloniki den Waffenstillstandsvertrag. Der Vertrag tritt am 30. September



Mittags in Kraft. Bulgariens Kapitulation bedeutet für das Deutsche Reich den Stopp der enorm wichtigen Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Für die Alliierten ist jetzt der Weg zur Donau frei. Die bulgarischen Streitkräfte verzeichnen im Ersten Weltkrieg über 100.000 Tote und über 140.000 Verwundete, bei einer Vorkriegsbevölkerung von rund 4,5 Millionen und einer Gesamtzahl von 1,2 Millionen Mobilisierten.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmann, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

6. Oktober 1918 – Wenig Ängste vor der Abdankung des Kaisers

Berlin - München * Der bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, berichtet in einem Brief an den Ministerpräsidenten Otto von Dandl: „Wenn etwa der Frieden von der Abdikation [= Abdankung] abhängig gemacht werden sollte, so würde der Kaiser ohne Zweifel in den Schritt einwilligen. Selbst in den königstreuesten Kreisen der Hauptstadt wird die Abdikation als ein unter Umständen nicht abwendbarer Schritt besprochen.“

19. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. könnte nie fahnenflüchtig werden

Berlin * Bei einer Unterredung zwischen Reichskanzler Max von Baden und Kaiser Wilhelm II. äußert dieser, „dass er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, dass wenn für ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, sein Volk und seine Armee sich um ihn scharen würden“. Der mit anwesende bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, bringt den Mut auf und weist den König darauf hin, „dass es noch andere Elemente



im Reich“ gibt.

29. Oktober 1918 – Soll das Kaisertum überhaupt gerettet werden ?

München * Im Falle einer Thronentsagung des Kaisers wollen die Wittelsbacher den neuen Regenten im Königreich Preußen nicht automatisch als Verweser des Reiches anerkennen. Ministerpräsident Otto von Dandl informiert den bayerischen Gesandten am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, von Überlegungen, „ob das Kaisertum überhaupt gerettet werden soll“, da ein „preußischer Prinz, der eine geeignete Persönlichkeit zur Führung der Regentschaft im Reiche wäre, nicht vorhanden ist“. Wenn, dann müsste „ein Regent präsentiert werden, der dem ganzen deutschen Volk, auch außerhalb Preußens sympathisch“ ist.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

4. November 1918 – Die Vertreter der Berliner Reichsregierung werden freundlich begrüßt



Berlin - Kiel * Als am Abend zwei Abgesandte der Berliner Reichsregierung eintreffen, ist Kiel bereits fest in der Hand von 40.000 aufständischen Matrosen und Marinesoldaten. Der SPD-Abgeordnete Gustav Noske und der Staatssekretär ohne Geschäftsbereich Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP werden jubelnd begrüßt. Noske wird von den Aufständischen sofort zum Gouverneur gewählt. Dabei hat Noske nicht den „Eindruck, dass eine große Revolution begonnen hat“. Noch am gleichen Abend übernimmt er, „unter brausender Zustimmung“ der Arbeiter und Matrosen, den Vorsitz des Obersten Soldatenrates. Die meuternden Soldaten und revoltierende Arbeiter aus Kiel vertrauen dem prominenten Genossen aus Berlin.

5. November 1918 – König Ludwig III. lernte die Volkstimmung kennen

München - Karlsruhe * Der badische Gesandte in München berichtet nach Karlsruhe: Der bayerische König würde gerade „die Stimmung des Volkes kennenlernen“.

12. November 1918 – Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen an die USA

München - Bern - Washington * Professor Dr. Friedrich Wilhelm Foerster wird von Ministerpräsident Kurt Eisner zum bayerischen Gesandten in Bern berufen. Der international anerkannte Pazifist nimmt umgehend Kontakt zum amerikanischen Pazifisten George D. Herron auf. Dieser leitet Eisners Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen umgehend an den US-Präsidenten Woodrow Wilson weiter.

12. November 1918 – Kronprinz Rupprecht flieht nach Amsterdam

Brüssel - Amsterdam * In der Nacht zum 13. November flieht Kronprinz Rupprecht mit dem Auto des spanischen Gesandten nach Amsterdam, wo er bei einem Schweizer Arzt für einige Wochen unterkommt.

16. November 1918 – Professor Foerster hält die Aufklärung der Deutschen für notwendig

Bern - München * Professor Dr. Friedrich Wilhelm Foerster hält die Aufklärung des deutschen Volkes im großen Maßstab für notwendig, da „dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben“.



18. November 1918 – Eine bayerische Kommission will verursachte Kriegsschäden untersuchen

München - Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner bittet den bayerischen Gesandten in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, der Entente ein Schreiben zukommen zu lassen, das einer bayerischen Kommission erlaubt, die in Belgien und Nordfrankreich durch deutsche Truppen verursachten Kriegsschäden zu untersuchen.

19. November 1918 – Maßnahmen zur Belebung des revolutionären Geistes

Berlin - München * Der bayerische Gesandte in Berlin, Friedrich Muckle, berichtet an den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner von einem Gespräch mit dem Publizisten und Journalisten Maximilian Harden über die Belebung des revolutionären Geistes. Sie fordern die Säuberung der Reichsregierung von allen unfähigen Elementen, die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die Verhaftung der Schuldigen und die Einführung eines Staatsgerichtshofs zu deren Aburteilung. Wenn die Berliner Reichsregierung auf diese Forderungen nicht eingeht, so sollte der „Abfall des Südens“ zumindest angedroht werden. Denn: „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir herauszuarbeiten suchen, hinab drücken.“

21. November 1918 – Eisner fordert die sofortige Veröffentlichung der Kriegsakten

München - Berlin * In einem Telegramm fordert Kurt Eisner den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, auf, von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Urkunden über den Ursprung des Krieges zu verlangen. Außerdem erhebt der bayerische Ministerpräsident Anspruch auf Beteiligung Bayerns in der Waffenstillstands-Kommission. Kurt Eisner ist bestrebt, den Alliierten den Beweis zu erbringen, dass mit der deutschen Revolution nicht nur die alten Herrschaftsträger beseitigt wurden, sondern dass auch ein politischer Umdenkungsprozess eingesetzt hat.

25. November 1918 – Kurt Eisner bricht die diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt

München - Berlin * Noch in der Nacht sendet Ministerpräsident Kurt Eisner ein Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, in dem er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt bekannt gibt: „Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die



Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.“

26. November 1918 – Protest gegen Kurt Eisners Kriegsschuldfrage

Berlin - München * Das Auswärtige Amt in Berlin protestiert gegen die Veröffentlichungen von Kurt Eisner zur Kriegsschuldfrage. Dr. Friedrich Wilhelm Muckle, der Bayerische Gesandte in Berlin, droht daraufhin dem Auswärtigen Amt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bayerische Regierung.

27. November 1918 – Kurt Eisners Vorschläge für ein provisorisches Reichspräsidium

München - Berlin * In einem Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, übermittelt Kurt Eisner seinen Besetzungsvorschlag für das von ihm auf der Ministerpräsidenten-Konferenz vorgeschlagene provisorische Reichspräsidium. Darin schlägt er - neben sich selber - vor: die Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky [alle USPD] und den parteilosen Diplomaten Johann Wilhelm Muehlon. Keiner der Vorgeschlagenen gehört der MSPD an. Der Sitz des Gremiums soll in München sein.

1. Dezember 1918 – Prof. Foerster fürchtet die bayerische Entwicklung

München * Der sich in München aufhaltende bayerischen Gesandte in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, veröffentlicht eine Erklärung mit der Überschrift „Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern“, in der er sich tief enttäuscht über die Entwicklung in München äußert. Er befürchtet eine Entwicklung zur Vorherrschaft durch die revolutionären Räte.

„Dass aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht. [...] Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren. Und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.“

23. Dezember 1918 – Konrad von Preger wird zum Bayerischen Gesandten in Berlin bestellt

München - Berlin * Konrad Ritter von Preger wird zum Bayerischen Gesandten in Berlin bestellt. Er übernimmt damit ab 1. Januar 1919 die Funktion von Dr. Friedrich Muckle.



23. Dezember 1918 – Stadtkommandant Otto Wels wird gefangen genommen

Berlin * Eine spontane Demonstration entwickelt sich. Sie zieht zur Kommandantur. Die Matrosen werden erneut beschossen, dieses Mal aus einem Panzerauto. Ein Toter ist zu beklagen. Obwohl den Abgesandten der Volksmarinedivision die Löhnung in der Stadtkommandantur ausgehängt wird, nehmen sie jetzt den Stadtkommandanten Otto Wels und zwei weitere Mitarbeiter gefangen und bringen sie in den Marstall.

1. Januar 1919 – Konrad Ritter von Preger tritt sein Gesandten-Amt an

Berlin * Konrad Ritter von Preger, der Nachfolger von Dr. Friedrich Muckle, ist Bayerischer Gesandter in Berlin.

28. Januar 1919 – Der Bayerische Gesandte soll den Verfassungsentwurf ablehnen

München - Berlin * Ministerpräsident Kurt Eisner beauftragt den Bayerischen Gesandten in Berlin, Konrad Ritter von Preger, den Entwurf zur Reichsverfassung von Hugo Preuß abzulehnen.

7. April 1919 – In Würzburg wird die Räteherrschaft sofort bekämpft

Würzburg * In Würzburg beginnt der Versuch der Räteherrschaft mit Belagerungszustand, Pressezensur und Generalstreik, die ein Abgesandter aus München am Nachmittag offiziell ausruft. Die SPD reagiert sofort: Sie wendet sich dagegen und fordert ihre Mitglieder auf, „die volle Verantwortung denen [zu] überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machten“. Die Revolutionäre nehmen daraufhin Geiseln, eine rätefeindliche Einheitsfront, der auch die SPD angehört, ruft zum Bürgerstreik auf. Es kommt zu Kämpfen um Residenz und Hauptbahnhof mit mehr als 20 Toten.

13. April 1919 – Bewaffnete Arbeitermilizien rücken zum Hauptbahnhof vor

München-Maxvorstadt * Mit Maschinengewehre bewaffnete Arbeitermilizien unter der Führung des kommunistischen Matrosen Rudolf Egelhofer und des anarchistischen Schriftstellers Josef Sontheimer rücken am Nachmittag zum Hauptbahnhof vor. Eine aus drei Personen bestehende Abordnung wird gebildet, die mit dem Chef der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyffertitz,



verhandeln sollen. Der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner lässt die Abgesandten festnehmen und umgehend erschießen. Spätestens in diesem Moment ist eine friedliche Lösung ausgeschlossen.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“. Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

31. Oktober 1948 – Enthüllung der Gedenktafel an der Bogenhausener Georgskirche

München-Bogenhausen * Die Gedenktafel an Alfred Delp, Dr. Hermann Joseph Wehrle, Ludwig Freiherr von Leonrod und Franz Sperr an der Bogenhausener Georgskirche wird enthüllt.